

Bildung statt Abschiebung

Parität, Diakonie, Flüchtlingsrat, Landesausländerbeirat,
GEW und Landesschüler:innenvertretung gründen Bündnis

Junge Geflüchtete bekommen in Hessen derzeit gelbe Briefe vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Gelb – das ist die Farbe amtlicher Postzustellungsurkunden. Inhaltlich laufen alle Briefe auf dasselbe hinaus: Du bist als Flüchtling ohne Visum eingereist. Du wirst nicht als Flüchtling anerkannt. Abschiebeschutz steht dir auch nicht zu. Verlass das Land, oder du wirst abgeschoben.

In der öffentlichen Wahrnehmung entsteht der Eindruck, solche Briefe würden nur Kriminelle und Gefährder erhalten. Aber so ist es nicht. Angehende Maler und Lackierer, Pflegekräfte, Erzieher:innen und auch ein Medizinischer Technologe für Radiologie stehen auf der Adressenliste. Vorstrafen haben sie keine, Berufsausbildungsverträge in der Regel schon. Oft besuchen sie die Abschlussklassen der Sekundarstufe I oder weiterführende Schulen. Ihre Deutschkenntnisse bewegen sich auf einem Niveau, für das sich auch in Deutschland geborene Gleichaltrige nicht zu schämen bräuchten.

Große hessische Organisationen wollen den Abschiebewahn nicht länger hinnehmen. Am 8. Dezember haben sie in Frankfurt das Bündnis „Bildung statt Abschiebung“ gegründet. Der Hessische Rundfunk hat im [Fernsehen](#) und im [Radio](#) ausführlich darüber berichtet. Zwei junge Frauen aus Stadtallendorf kommen zu Wort. Ayse Gül ist türkische Kurdin. Ihre Eltern wurden vor kurzem zusammen mit Ayses jüngeren Geschwistern abgeschoben, obwohl sie das Familieneinkommen durch eigene Arbeit sichern konnten. Ayse ist der Abschiebung entgangen, weil sie eine „Ausbildungsduldung“ zur Pflegefachkraft am Universitätsklinikum Gießen-Marburg hatte. Sidra besucht gerade die zehnte Klasse und bereitet sich auf den Realschulabschluss vor. Auch sie bewirbt sich um einen Ausbildungsplatz im Pflegebereich.

In beiden Berichten kommt auch das hessische Innenministerium zu Wort. Es verbreitet eine Falschmeldung. Fachkräfte aus dem Ausland seien in Deutschland jederzeit willkommen, auch zur Berufsausbildung. Aber Asyl sei etwas völlig anderes. Wer als Asylbewerber abgelehnt worden sei, könne nicht einfach zur dringend benötigten Fachkraft werden. Das seien völlig unterschiedliche Paar Schuhe. Aber da biegt sich die Landesregierung das Aufenthaltsgesetz zurecht.

In diesem Gesetz ist für abgelehnte Asylbewerber:innen im § 60c ausdrücklich die Möglichkeit einer [Ausbildungsduldung](#) vorgesehen. Im § 16g wird sogar die Option auf eine [Aufenthaltserlaubnis](#) mit noch weitergehenden Rechten eröffnet. In Wahrheit könnte Innenminister Poseck (CDU) geeigneten abgelehnten Asylbewerber:innen völlig legal den Weg in Ausbildung und Beruf öffnen. Er will es nur nicht.

Das neu gegründete Bündnis will sich für die jungen Menschen einsetzen.
Es hat der Öffentlichkeit eine Resolution vorgestellt,
in der es seine Perspektiven erläutert.
Organisationen und Einzelpersonen können hier digital unterzeichnen:
<https://www.gew-hessen.de/bildung-statt-abschiebung>

Man kann auch ganz klassisch Unterschriften sammeln und einsenden.



Resolution des Bündnisses „Bildung statt Abschiebung“

Die aktuelle Migrationsdebatte in Hessen nimmt besorgniserregende Züge an. Die schon lange zu beobachtende sprachliche Verrohung drückt sich auch im politischen Handeln aus: Immer häufiger werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abgeschoben – obwohl sie gut integriert sind, zur Schule gehen oder einen Ausbildungsvertrag (in Aussicht) haben. Viele der Betroffenen kennen das Herkunftsland ihrer Eltern nur aus Erzählungen.

Wenn angehende Fachkräfte von Abschiebung bedroht sind, ist der Bildungserfolg aller Kinder beeinträchtigt – wie das drastische Beispiel der kürzlichen Abschiebung einer Erzieherin aus Offenbach zeigt. Dass die hessische Landesregierung vereinfachte Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse plant, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist begrüßenswert. Dass gleichzeitig qualifizierte und dringend benötigte Auszubildende, Arbeits- und Fachkräfte ohne nachvollziehbare Begründung von Abschiebung bedroht sind, ist so kurzsichtig wie unvernünftig.

Zudem mehren sich Fälle, in denen geltende Bleiberechtsregelungen ignoriert oder unterlaufen werden. Das ist eine Entwicklung, die wir nicht länger hinnehmen werden.

Wir, das Bündnis „Bildung statt Abschiebung“, fordern **ein Ende der integrationsfeindlichen Abschiebep Praxis**. Daher fordern wir:

1. **die uneingeschränkte Umsetzung bestehender Bleiberechtsregelungen zugunsten der Betroffenen**
2. **die sofortige Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten professionellen Struktur für Einzelfallberatungen für Migrant*innen in Hessen**
3. **keine Abschiebung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Kita, Schule oder Ausbildung**

Das Menschenrecht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen ist unteilbar – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht in Hessen uneingeschränkt gewahrt bleibt.

Wir stehen für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik. Kinder, Jugendliche und ihre Familien sind eine besonders vulnerable Gruppe. Für ihren Schutz stehen wir ein.

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich das Bündnis und werde gern weiter informiert.



Name	E-Mail	Ich bin einverstanden, dass mein Name veröffentlicht wird.	Unterschrift